

Laut Chefankläger des IStGH, Karim Khan, hat ein hochrangiger britischer Beamter wegen Ermittlungen gegen Israel gedroht

Middle East Eye hatte berichtet, dass David Cameron damit gedroht habe, die Unterstützung Großbritanniens für das Gericht zurückzuziehen, falls Haftbefehle gegen den israelischen Regierungschef beantragt würden.

Sondos Asem, Imran Mulla, middleeasteye.net, 12.12.25

Der britische Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), Karim Khan, hat einen hochrangigen britischen Regierungsbeamten beschuldigt, damit gedroht zu haben, die Finanzierung und Unterstützung des Gerichtshofs durch Großbritannien einzustellen, sollte er Haftbefehle gegen israelische Politiker erlassen. *Middle East Eye* (MEE) geht davon aus, dass es sich bei diesem Vertreter um den damaligen Außenminister und ehemaligen Premierminister David Cameron handelt.

MEE kann bestätigen, dass das von Khan erwähnte Telefonat mit Cameron stattfand.

Während des Telefonats sagte Cameron laut mit der Angelegenheit vertrauten Quellen zu Khan, dass die Beantragung von Haftbefehlen gegen Netanjahu und Gallant „wie der Abwurf einer Wasserstoffbombe“ wäre.

Die Anschuldigung ist in einer Erklärung enthalten, die Khan dem Gericht vorgelegt hat und in der er Einzelheiten einer mutmaßlichen Drohkampagne gegen den Staatsanwalt beschreibt, die im Vorfeld seines Antrags auf Haftbefehle gegen den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu und den ehemaligen Kriegsminister Yoav Gallant im Mai 2024 wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen in Gaza erfolgt sein soll.

Die Erklärung, die am Mittwoch [10.12.25] als Antwort auf einen Antrag Israels, Khan aus den Ermittlungen zu entfernen und die Haftbefehle aufzuheben, bei der Berufungskammer des IStGH eingereicht wurde, scheint die früheren Berichte von *MEE* zu bestätigen, in denen viele Details über die Versuche, Khan zu untergraben, aufgedeckt wurden, darunter auch Camerons explosives Telefonat mit dem Generalstaatsanwalt.

Israel behauptet, dass Khan die Haftbefehle beschleunigt habe, nachdem er von den Vorwürfen sexuellen Fehlverhaltens gegen ihn erfahren habe. Khan weist jedoch Israels Darstellung zurück und bezeichnet sie als „eine Nebelwand aus zweckorientierten Vermutungen und irreführenden oder falschen Behauptungen“ sowie als „ein Gewirr spekulativer Berichterstattung“. In seiner Erklärung legt er detailliert die Chronologie der Ereignisse dar, die seine Behörde dazu veranlasst haben, am

20. Mai 2024 Haftbefehle gegen die beiden Israelis sowie gegen Hamas-Führer zu beantragen, nachdem seine Behörde monatelang einen von ihm als „akribischen Prozess“ bezeichneten Vorgang durchgeführt hatte.

Khan ist seit Mai dieses Jahres beurlaubt, bis das Ergebnis einer Untersuchung wegen sexuellen Fehlverhaltens vorliegt, die derzeit von einem Team unter der Leitung der Vereinten Nationen durchgeführt wird. Er bestreitet die gegen ihn erhobenen Vorwürfe vehement.

Die Vorwürfe sexuellen Fehlverhaltens wurden Khan erstmals am 2. Mai 2024 von Mitgliedern seines Teams persönlich mitgeteilt, genau an dem Tag, an dem er laut der in dem Dokument dargelegten Chronologie der Ereignisse die Haftbefehle gegen Netanjahu und Gallant bekannt geben wollte. In seinem Antrag auf Ausschluss des Anklägers vom 17. November behauptete Israel, der Ankläger sei nicht unparteiisch und habe aus persönlichen Motiven heraus die Haftbefehle übereilt beantragt.

Khan erklärte jedoch, dass die Anträge auf Haftbefehle bereits vor den Vorwürfen wegen Fehlverhaltens vorbereitet worden seien und dass seine Ermittlungen zu mutmaßlichen Kriegsverbrechen Israels und der Hamas im Oktober 2023 begonnen hätten, kurz nach den Angriffen der Hamas auf Israel. In Khans Stellungnahme, über die *MEE* bereits berichtet hat, erklärte er, dass seine Ermittlungen bis Ende 2023 so weit fortgeschritten waren, dass er ein unabhängiges Gremium aus sieben Rechtsexperten einberufen konnte, darunter die britischen Menschenrechtsanwältinnen Amal Clooney und Helena Kennedy sowie der israelische Jurist Theodor Meron.

Das Gremium wurde im Januar 2024 offiziell eingerichtet, um zu beraten, ob die rechtlichen Voraussetzungen für Haftbefehle erfüllt waren, und insbesondere, ob „begründeter Verdacht“ bestand, dass die genannten Personen Straftaten begangen hatten, die in die Zuständigkeit des Gerichts fielen. Im März 2024, so Khan, sei das Gremium einstimmig zu dem Schluss gekommen, dass seine Behörde ausreichend Material gesammelt habe, um Haftbefehle zu beantragen, und dass das Verfahren „fair, konsequent und unabhängig“ gewesen sei. Am 24. März 2024 reiste Khan in die USA, wo er hochrangigen US-Beamten mitteilte, dass er beabsichtigte, Haftbefehle in der Palästina-Frage zu beantragen, und dass die Anträge voraussichtlich bis Ende April gestellt würden.

Druck von Beamten, Haftbefehle aufzugeben

Während die Vorbereitung der Haftbefehle weiterging, sagte Khan, sein Büro sei zunehmendem diplomatischem Druck seitens einer Reihe von Staaten ausgesetzt gewesen, die ihn dazu drängten, die Anträge gegen israelische Vertreter zu verzögern oder aufzugeben.

Dazu gehörte auch ein Anruf eines hochrangigen US-Beamten am 19. April, der vor „katastrophalen Folgen“ warnte, falls die Haftbefehle weiterverfolgt würden. Khan lehnte dies jedoch ab und verwies auf die mangelnde Zusammenarbeit Israels und die unveränderte Fortsetzung der Kampf-

handlungen im Gazastreifen. Es folgte weiterer Druck, darunter ein Telefonanruf vom 23. April an Khan von einem „hochrangigen britischen Regierungsbeamten“, der warnte, dass Haftbefehle gegen israelische Politiker unverhältnismäßig wären und dazu führen könnten, dass Großbritannien dem Gerichtshof die Finanzierung entzieht.

MEE kann bestätigen, wie bereits zuvor berichtet, dass das von Khan erwähnte Telefonat mit David Cameron stattfand. Während des Telefonats sagte Cameron laut mit der Angelegenheit vertrauten Quellen zu Khan, dass die Beantragung von Haftbefehlen gegen Netanjahu und Gallant „wie der Abwurf einer Wasserstoffbombe“ wäre. Cameron sagte, es sei eine Sache, Russland wegen eines „Angriffskriegs“ gegen die Ukraine zu untersuchen und strafrechtlich zu verfolgen, aber eine ganz andere, Israel zu verfolgen, wenn es sich „gegen die Angriffe vom 7. Oktober verteidigte“.

Cameron reagierte auf die Anfrage von *MEE* nach einer Stellungnahme nicht. In einem Bericht über diesen Vorfall in dem Buch *Complicit: Britain's Role in the Destruction of Gaza 1* (Mitschuldig: Die Rolle Großbritanniens bei der Zerstörung Gazas) des *MEE*-Journalisten Peter Oborne sagte eine Quelle aus dem Umfeld Camerons, dass das Telefonat mit Khan tatsächlich stattgefunden habe und „heftig“ gewesen sei. Die Quelle sagte, dass Cameron keine Drohung ausgesprochen habe, sondern darauf hingewiesen habe, dass einflussreiche Stimmen in der Konservativen Partei darauf drängen würden, die Finanzierung des IStGH einzustellen und aus dem *Römischen Statut*, der Gründungsurkunde des IStGH, auszutreten.

Im Juni erklärte der ehemalige schottische Ministerpräsident Humza Yousaf gegenüber *MEE*, dass der Auswärtige Ausschuss des britischen Parlaments untersuchen sollte, was während des Telefonats geschehen ist. Yusuf war schottischer Ministerpräsident, während Cameron britischer Außenminister war. Er sagte: „Lord Cameron muss zur Rechenschaft gezogen werden. Wir sprechen hier über eine Angelegenheit von äußerster Tragweite. Wir müssen wissen, ob ein amtierender britischer Außenminister damals damit gedroht hat, dem Internationalen Strafgerichtshof die Mittel zu streichen.“

Im August forderte auch der unabhängige Abgeordnete Jeremy Corbyn, ehemaliger Vorsitzender der Labour-Partei, die britische Regierung auf, die Ereignisse während des Telefonats zwischen Cameron und Khan zu untersuchen. „Ich denke, wir müssen das wissen, und wir haben auch ein Recht darauf, es zu wissen“, sagte Corbyn gegenüber *MEE*.

Sanktionen gegen den Staatsanwalt

Nach Camerons Aufruf listete Khan weitere Versuche auf, Druck auf ihn auszuüben, damit er die Anträge nicht stellen würde. Später im April schrieben zehn US-Senatoren einen Brief an Khan, in dem sie ihm und dem IStGH mit Sanktionen drohten, falls Haftbefehle ausgestellt würden. Am 26. April kritisierte Netanjahu den IStGH öffentlich in den sozialen Medien und lehnte jeden Versuch ab, Israels Recht auf Selbstverteidigung zu untergraben. Khan beschrieb auch Treffen am

30. April und 1. Mai mit Vertretern westlicher Staaten und US-Beamten, die er als Versuche charakterisiert, ihn davon abzubringen, fortzufahren. In einem Telefonat am 1. Mai warnte der US-Senator Lindsey Graham, dass die Beantragung von Haftbefehlen gegen israelische Amtsträger US-Sanktionen nach sich ziehen würde. Die Sanktionen gegen Khan wurden im Februar von den USA verhängt. Auch andere Mitglieder seines Büros und eine Reihe von Richter:innen sind davon betroffen.

In seiner Stellungnahme vom Mittwoch beanstandete Khan Israels Antrag als unzulässig, da Israel keine Klagebefugnis habe, erklärte jedoch, dass er dennoch „im Interesse der Transparenz“ die Chronologie der Ereignisse richtigstellen müsse.

Sondos Asem ist Journalistin und Nachrichtenredakteurin bei Middle East Eye in London. Sie ist Spezialistin für internationales Recht, Menschenrechte und öffentliche Politik im Nahen Osten und Nordafrika. Sie hat einen Master of Science in internationalem Menschenrechtsrecht (2024) und einen Master of Public Policy (2015) von der Universität Oxford. Sie verfügt über mehr als 20 Jahre Erfahrung in den Bereichen Journalismus, Verlagswesen, Menschenrechte und Übersetzung.

Imran Mulla ist politischer Korrespondent für Middle East Eye in Großbritannien und berichtet sowohl über die britische Außenpolitik als auch über die Innenpolitik. Er hat unter anderem für BBC Hindi, Conservative Home, The Critic und Varsity geschrieben.

1. <https://orbooks.com/catalog/complicit/>

(Im Originalartikel gibt es weitere Links)

Quelle:

<https://www.middleeasteye.net/news/icc-karim-khan-senior-uk-official-threatened-israel-probe>

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de